

Entwurf Haushaltsrede Haushalt 2023 Verbandsgemeinde Bernkastel

Wir müssen in diesem Jahr wieder mehr Umlage von den Ortsgemeinden abverlangen. Unser Schuldenstand geht leider wieder signifikant nach oben! Das sind die weniger guten Nachrichten. Die guten Nachrichten sind viele und die verbergen sich im Haushalt

Es können die Investitionen an Schulen, im Brandschutz mit all dem Notwendigen, z.B. energetische Sanierung Schulsporthalle Maring, vorgenommen werden, wo es erforderlich ist. Grundsätzlich stellt sich unser Haushalt als solides Werk da. Die Schulden wurden im Laufe der vergangenen Jahre bis 2021 auf ein einigermaßen erträgliches Maß zurückgeführt. Dies muss insbesondere unter dem Aspekt der steigenden Zinsen auch verstärkt unser Ziel bleiben. Wirtschaften ohne Schulden zu machen ist weder in der Industrie noch bei der öffentlichen Hand möglich. Aber es gilt auch Maß und Ziel einzuhalten. Es war mehr als richtig und notwendig, dass wir eine Schuldenbremse in unserem Land auch im Grundgesetz verankert haben. Das besondere Ereignisse dazu führen, sich von dieser Schuldenbremse zu lösen, versteht eigentlich jeder.

Unsere Verbandsgemeinde braucht sich nicht mit extremen Schulden herumschlagen, aber wie schon eingangs gesagt, unter dem Aspekt der steigenden Zinsen müssen auch wir dieses Parameter dringend jetzt im Blick behalten. Ein Parameter ist die „Pro Kopf-Verschuldung“, die gerne herangezogen und verglichen wird. In diesem Parameter, als auch in den Parameter des Schuldenstandes ist nicht erkennbar, wie hoch daraus die Zinsbelastung wirklich ist. 9,0 Mio. mit durchschnittlich 1,5% Zinsen sind 135.000 €/Anno Zinsen, ein kleines Feuerwehrauto 9,0 Mio Schulden mit Zinsen von 4% sind 360.000 €, also 3 Feuerwehrautos, kleine natürlich. In den letzten Jahren bis 2021 konnten wir die Schulden nach unten dirigieren, allerdings auch unter zu Hilfenahme der Niedrigzinsen. Dies ist jetzt vorbei und unser Schuldenstand ist signifikant wieder auf das Niveau von 2014 gestiegen. Bei 20 Mio. Haushaltsvolumen, 10 Mio. Schulden, bei mir klingeln die Alarmglocken. Eventuell müssten wir auch bereit sein eine Investition mal nach hinten zu verschieben. Dem chinesischen Konzern CIMC mit Standort Shenzhen, der sich Zieger einverleibt hat und hochprofitabel unterwegs ist, tut das sicherlich nicht weh... Knowhow günstig mit erworben...

Woher kommen Schulden? Zum einen kommen sie, indem wir Dinge finanzieren müssen, die zwingend zu finanzieren sind. Zum anderen sind in

den vergangenen Jahrzehnten auch oftmals Schulden gemacht worden, weil man sich was wünscht und weil etwas sehr wünschenswert wäre.

Zurzeit haben wir in unserem Land sicherlich beide Phänomene. Eine Abwendung von der Finanzierung des unsäglichen Ukraine Krieges hätte fatale Folgen für ganz Europa. Das aber im Gegenzug zum Beispiel hier in Rheinland-Pfalz sicherlich Notwendiges und Wünschenswertes kostenlos angeboten wird, hinterfrage ich sehr wohl.

Das Ortsgemeinden Millionenbeträge aufnehmen müssen, um Kindertagesstätten zu ertüchtigen, zu sanieren und zwingend zu erweitern und die Eltern bezahlen de facto nichts für ihre Kinder in der Kita? Ich denke, das ist kompletter Unsinn! Eine Kita, die für alle nichts kostet, ist nichts wert und eine Wertschätzung wird den Verantwortlichen der Kita auch vielerorts leider nicht mehr entgegengebracht. Es ist von allen Fachkräften und Verbänden zu hören, dass die Lage prekär ist. Dies höre ich von Erzieherinnen aus den verschiedensten Kitas, in den verschiedensten Gesprächen und ist alarmierend. So kann auf keinem Fall weitergehen. Selbst eine alleinerziehende Mutter kann es sich leisten, mit dem, was sie sonst so alles noch bekommt, 100 € / Kind pro Monat zu bezahlen. Ist sie wirtschaftlich so schlecht gestellt, dass es wirklich nicht geht, dann wäre es auch kein Problem, sie davon zu befreien. Müssen aber gutverdienende Finanzberater, die z.B. in Luxemburg arbeiten, für die Kinder in der Kita gar nichts bezahlen? Ich meine „Nein“. Vor zwei Jahren trat das „Kita Zukunftsgesetz“ in Rheinland-Pfalz in Kraft. Basis für dieses Gesetz waren auch die Millionen, die vom Bund über das „Gute Kita Gesetz“ zur Verfügung gestellt wurden.

In Rheinland-Pfalz hat man dieses Geld für die **Beitragsfreiheit** der Eltern eingesetzt. (Wählerstimmen!?) In anderen Bundesländern hat man das Geld in den Ausbau, in die Sanierung der Kitas gesteckt und in das Personal. Für mich ein unverantwortlicher Vorgang, wie es in RLP gelaufen ist. Bei einer Kita mit 60 Kitaplätzen und einem monatlichen Betrag von nur 100,-- € pro Monat und Kind wurden im Jahr 72.000,-- € eingenommen werden können. In 10 Jahren wären das 720.000,--€. Bei 15 Kitas wären das 10,8 Mio. in 10 Jahren. Also ein Betrag, mit dem man Kitas sanieren könnte. Es wären auch 1,5 Vollzeitstellen. Doch interessanterweise hat man die Evaluation, also die Reflexion über das Gesetz erst für 2028 angesetzt. Die Landesregierung will die prekäre, katastrophale Situation, die zurzeit in den Kitas vorherrscht, denn diese stehen teilweise vor dem Kollaps, einfach nur aussitzen. Diese Beratung mal vorzuziehen, ist leider letzte Woche vom Landtag abgelehnt worden. Wenn die „frühkindliche Bildung“. die angeblich in unseren Kitas erfolgt, die Praxis sieht

leider ganz anders aus, dann sollte man die Kitas auch dem Bildungsministerium angliedern und die Erzieherinnen hätten, wie unsere Lehrer Ferien, um sich zwischendurch mal richtig zu erholen. Der Krankheitsstand würde sinken, der Beruf attraktiver und für die verbleibenden Zeiten wären die Kitas stabil offen.

Wie wir in einer Demokratie Geld einnehmen, umverteilen und ausgeben wird zu jederzeit ein Streitpunkt bleiben. Die Diskussion darüber erleben wir zurzeit im Bundestag. Die Sprache, wie die Parteien untereinander agieren ist sehr rau und ungut. Aber es muss auch erlaubt sein in einer besonderen Situation und in einer Regierung mit drei verschiedenen Parteien länger zu beraten, insbesondere dann, wenn die Justiz angerufen wurde. Dies von Leuten, die heute froh sind, dass man die Justiz seinerzeit nicht angerufen hat, als sie selbst ihre Verfehlungen gemacht haben.

Leider sind die Sprache und der Umgang hier bei uns auf der untersten Ebene der kommunalen Verwaltung auch nicht mehr sehr angenehm. Demokratie bedeutet grundsätzlich einmal, dass Mehrheiten darüber entscheiden, wie es weiter geht. Salopp gesagt heißt es immer: „die Politiker müssen das tun, was die Mehrheit will.“ Gleichzeitig sind die Politiker aber auch aufgerufen nicht unbedingt das zu tun, was die Mehrheit will, weil das ein Stück weit unverantwortlich wäre (Klimaschutz) **„Erneuerbare sind der Friedensplan des 21 Jahrhunderts“** sagte Antonio Guterres. Also müssen auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden. Dazu ist die Politik verpflichtet. Auch hier in unserer Verbandsgemeinde, wo mittlerweile mit sehr großem Unmut argumentiert wird, dies nach dem „Hau den Lukas Prinzip“. Das ist gefährlich, weil sich dann auch immer mehr Menschen nicht mehr einer solchen Diskussion stellen, und in die Politik wollen. Demokratie heißt aber auch, dass man demokratisch gefällte Entscheidungen endlich akzeptieren und annehmen muss. Auch wenn es schwerfällt. Ich halte den Begriff „Opposition“ in der Demokratie auch nicht für sonderlich klug. Opposition heißt de facto ich muss dagegen sein, gegen das, was die Regierenden machen. Das ist Unsinn. Ich bin kein klassischer Oppositionspolitiker. Pragmatisch, sachlich Dinge hinterfragen, mit guten Ideen versetzen und servieren. Meine Art.

Die Mitte der Politik muss zusammenhalten und Diskussionen dürfen nicht so sein, dass man danach nicht mehr miteinander reden kann. Auch ich bin nicht zufrieden mit vielen Dingen, die in unserer Bundesregierung passiert sind. Aber die Regierung ist vor 2 Jahren angetreten in einem Modus, indem man tatsächlich zunächst einmal überhaupt keine vernünftige Sachpolitik machen konnte. Dabei passieren Fehler. Das wäre der jetzigen Opposition auch

passiert. Die Demokraten müssen zusammenhalten und wir müssen aufpassen, dass der rechte Rand sich nicht immer stärker positioniert. Wenn ich mir allerdings Worte von Politikern der Freien Wähler anhöre, dann stelle ich fest, dass Freigeist bei einigen nicht die Stärke ist. Wenn Herr Aiwanger darüber fabuliert, dass die „schweigende Mehrheit sich die Demokratie zurückholen muss“ von „Taugenichtsen“ spricht, die unser Land ausbeuten, die nichts gelernt haben, dann sind das für mich persönlich ultrarechte Phrasen und dumm. „Ihr habt’s wohl den Arsch offen da oben“, so seine gewählten Worte. Sein Umgang mit den Vorwürfen war katastrophal. Und wenn dann auch noch von „Hexenjagd“ auf Herrn Aiwanger von unserem Herrn Dr. Streit gesprochen wird, der sich der Trump’schen Sprache bedient, dann ist das für mich auch sehr bedenklich und gefährlich. Ich werde aufpassen.... Auch bei den Freien Wählern.

Der Ton in unserer Verbandsgemeinde ist auch sehr rau geworden. Nach der ersten Sitzung, an der ich als Nachfolger von Michael Thomas im Ältestenrat teilgenommen habe, war ich schockiert und habe das auch zu Papier gebracht. Der darauffolgende Shitstorm auf meine zu Papier gebrachten Worte, die eigentlich nur der Deeskalation dienen sollten, waren heftig. Heute, aktuell, empfinde ich Emails in denen unverhohlen gedroht wird, unter dem Motto: Wenn wir heute aktuell meinem Antrag nicht zustimmen, dann Zitat: „so werde ich von mir aus gegen diese Entscheidung weitere Schritte verfolgen.“ (Ich rufe die Bildzeitung an?)

Radikale Kräfte, auch aus der Mitte, die es vorziehen mit Verschwörungstheoretikern wegen Corona über die Bernkasteler Brücke zu marschieren, anstatt sich der zeitgleich stattfindenden Demonstration gegen den Ukraine Krieg anzuschließen, sind auch hier vertreten. Alles das stimmt mich bedenklich. Aber die Demokratie wird es aushalten (müssen)

Ich höre immer das Wort Nachhaltigkeit und empfinde es mittlerweile als überstrapaziert. Aber wir kommen um Nachhaltigkeit nicht herum. Ich möchte ein anderes Wort benutzen. Wir müssen unsere Welt enkeltauglich gestalten! Das bedeutet, dass wir alte Zöpfe abschneiden. Das haben wir in den Jahren 2011 – 2015 gemacht. Der Kampf für die Windkraft war sehr mühselig und sehr schwierig. Wir haben in unserer Verbandsgemeinde sehr gute, ja **vorbildliche** Konzepte entworfen und auch für entsprechende Solidarität gesorgt. Wir schütten im nächsten Jahr **800.000,- €** an die Gemeinden der Verbandsgemeinde aus. Den größten Betrag bekommt dabei die Stadt Bernkastel. Die Vertreter der Stadt waren die schärfsten Gegner der Windkraft. Über 9,7 Mio Euro Umsatzverlust pro Jahr wurden dem Verbandsgemeinderat

am 29.10.2012 prognostiziert. 20% der Gäste würden wegbleiben hieß es seinerzeit und 228 Arbeitsplätze ebenso. Nichts davon ist in Bezug auf die Windkraft eingetreten! Bei der Sitzung, in der über die Umverteilung im Solidarpakt beraten wurde, fehlten die Vertreter der Stadt, bzw. sie kamen 2 Minuten vor Schluss. Entschuldigung bitte, aber Wertschätzung sieht wirklich anders aus. Ich nehme es nicht krumm, es hat mich nur gestört. Übrigens auch die Gewerbesteuer der Windenergie hilft mit bei der Wertschöpfung vor Ort.

Ich schließe mich den Dankesworten meiner Vorredner an und mache es kurz: Herzlichen Dank an alle die sich für das Gemeinwohl, wo auch immer es stattfindet einsetzen, ob mit Engagement bei bezahlter Arbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit. Nur gemeinsam geht es voran und es können die Probleme, die auf uns zukommen, nur gemeinsam gelöst werden, nicht im Gegeneinander. Bleiben Sie alle gesund und zuversichtlich. Ich möchte enden mit folgender Aussage:

Politik ist immer ein sehr komplexes Feld. Es hilft dabei sich auf den Stuhl des anderen zusetzen. Zuhören hilft auch. Denn, ***ein Mensch mit Erkenntnis hält sich beim Reden zurück und ein Mensch mit Unterscheidungsvermögen bleibt gelassen*** (Zitat 17, Bibelsprüche!)

Danke!